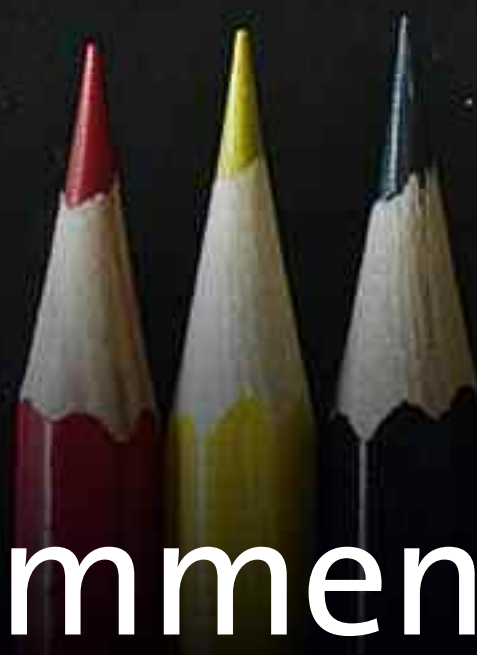


Bildungspolitik will oft Probleme lösen, die niemand an den Schulen hat.



Wir bestimmen die

Über die Gefahr, dass die Bildungspolitik Probleme lösen will, die niemand an den Schulen hat und alltägliche Probleme der Schule nicht angeht.

von VOLKER LADENTHIN

► Eine Vermutung

Politiker müssen stets entscheiden: Welche Probleme stellen sich? Welche sollen zuerst angegangen werden? Bei der Beantwortung dieser Fragen arbeiten den Politikern Interessengruppen zu. Man nennt dies bekanntlich Lobbyarbeit oder Politikberatung. Solche Politikberatung ist zum Beispiel das Ziel der OECD: Die 'Zielsetzung und Arbeitsweise der OECD' lautet:

Fußnoten finden Sie am Ende des Artikels

'Vergleichende Analysen (anzufertigen), Prognosen, Empfehlungen – Standards, peer reviews, Identifizierung von best practice – Trends, zukunftsweisende Strategien (zum Beispiel OECD Skills Strategy)' – also all das, was Politik braucht. Und weiter heißt es: Die OECD gibt 'Unterstützung bei der Implementierung' von bildungspolitischen Maßnahmen.¹ 'PISA' ist eine solche 'Unterstützung'.

► Vertrauen ist gut – Kontrolle fehlt nämlich

Die 'PISA'-Studien müssen fremd-finanziert werden, denn sie sind nicht billig: 'Die internationalen Kosten für Entwicklung, Durchführung und Auswertung der Studie liegen bei knapp zehn Millionen Euro für einen dreijährigen Durchgang; diesen Beitrag teilen sich die siebzig Staaten' – sodass pro Nation rund 74.000 Euro zu veranschlagen sind. 'In Deutschland kommen drei Millionen Euro für die Testdurchführung, Aufbereitung und nationale Auswertung hinzu.'² Das sagen die deutschen 'PISA'-Organisatoren Eckhard Klieme, Olaf Köller und Olaf Prenzel.



> Die Kritik an den Studien kann sich nicht der Mittel bedienen, die die Studie zur Erstellung ihrer Aussagen genutzt hat.

> Forschung ohne Kontrolle

Dieses Problem betrifft alle empirische Forschung in der Pädagogik: Da Empirie teuer ist, besteht kaum die Chance, kontrollierende oder alternative Forschungen gleicher Größenordnung aufzustellen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Pädagogik entscheidet über das, was erforscht wird, nicht die Logik eines

Faches, sondern die finanzielle Ausstattung von Forschung.

In der nichtempirischen Forschung gibt es Kontrollmöglichkeiten – durch Lektorate der Verlage und Zeitschriften, die die Manuskripte einer Vorprüfung unterzogen; durch eine wissenschaftliche Kritik, in der auf Probleme hingewiesen wurde und schließlich und massiv durch ergänzende und alternative Studien. Und durch die Praxis: Vorträge bei Lehrerverbänden, an Schulen gar geben ein unmittelbares feedback – und stürzen allzu illusorische Pädagogen gelegentlich in tiefe Verzweiflung. Dies ist bei 'PISA' nicht möglich.

Die Kritik an den Studien kann sich nicht der Mittel bedienen, die die

Studie zur Erstellung ihrer Aussagen genutzt hat. Ihnen fehlen das Geld und die Bundespressekonferenz. Es entsteht ein Monopol auf Wahrheit – nicht aus ideologischer Absicht, wie in den totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts, sondern allein aus Kostengründen. Um es zugespitzt zu sagen: Über Wahrheit wird durch Geld entschieden.

> Empirie und Interesse

Da nun diese empirischen Studien aufgrund der Kostenlage fremd- oder sogar interessenfinanziert werden (wie bei der OECD), entsteht die Gefahr der Interessenforschung. Die OECD vertritt ja eine bestimmte Auffassung von Wirtschaft – und die Studien in ihrem Auftrag dienen dazu, diese Auffassung auch in den Bildungssektor zu tragen. Andere Auffassungen als die der OECD bekommen diese Chance nicht. Man nennt so etwas ein Meinungsmonopol. Hätte eine kluge Politik nicht die Aufgabe, für Meinungswettbewerb zu sorgen und Monopolbildung zu verhindern?

> Was ein Problem ist, bestimmen wir

Da die Empirie nur Aspekte von Wirklichkeit erforschen kann und da es keine nennenswerte Alternativforschung gibt, sehen Politiker, die sich auf 'PISA' berufen nur ein Segment der Wirklichkeit. Sie sehen, was sie laut 'PISA' sehen sollen. Und auf dieser selektiven Grundlage entscheiden sie. Daher sind jene Entscheidungen suboptimal, die auf diesen Daten beruhen: denn es gibt keine Kontrolldaten, keine Alternativen. Die Politik gerät in die Gefahr, aufgrund einseitiger Informationen zu entscheiden, wenn sie die empirischen Studien zu dem Zweck nutzt, für den sie gedacht waren: als Entscheidungshilfe?

Denn: Nicht die Politik stößt auf Probleme und löst sie! Vielmehr lässt sie sich die Probleme präsentieren, die sie dann >

Probleme

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine Kontrollstudie, die eigentlich im empirischen Bereich üblich ist, dreizehn Millionen Euro in Rechnung stellen müsste, denn eine solche Studie müsste ja 'Entwicklung, Durchführung und Auswertung' in eigener Regie erstellen. Diese Kosten aber kann niemand aufbringen - weder ein einzelner Lehrstuhl, noch eine einzelne Universität oder eine Gruppe von Forschern. Es müssten zuerst umfangreiche Drittmittelanträge erstellt und hierfür langjährig Mitarbeiter mit der vagen Aussicht auf eine Finanzierung beschäftigt werden.

Kurz: Die von den 'PISA'-Autoren benannten Kosten befinden sich in einer Größenordnung, die es faktisch unmöglich macht, dass Kontrollstudien erstellt werden können. Es entsteht also aufgrund der ökonomischen Situation ein Monopol, das dem Grundsatz eines freien Meinungs Austausches in der Wissenschaft widerspricht. Ein doch immenser Forschungsapparat mit hohen Kosten kann aufgrund seiner ökonomischen Ausstattung Forschung vornehmen und veröffentlichen, die – aufgrund der Kosten – nicht mehr kontrolliert werden können.

lösen möchte. Das zeigt eine Formulierung, die vielleicht nur ein sprachlicher Lapsus ist – aber gerade deswegen erhellend: ‘PISA’ selbst bestimmt die Probleme.³ Das sagen die Köpfe des ‘PISA’-Konsortiums. Nach dieser Formulierung bildet die empirische Forschung nämlich die Probleme der Schulwirklichkeit nicht ab, sondern ‘bestimmt’, was ein Problem ist – und daher auch ein Problem für andere zu sein hat.

> Weiß es ‘PISA’ besser als die Lehrer?

Die Probleme, die die OECD (und damit ‘PISA’) bedeutsam findet, müssen aber nicht jene sein, die die Lehrer bedrängen. Wo aber finden diese Probleme Gehör? Wer artikuliert sie? Wer sichert sie wissenschaftlich ab? Wie können Lehrer sich mit ihren Sorgen so prominent Gehör verschaffen, wie die OECD? Schließlich sind die Lehrer vor Ort und kennen ihr Metier – vielleicht sogar besser, als jene Forscher, die mal für einen Tag in der Schule sind.

> Lehrer kennen ihr Metier – besser, als jene Forscher, die mal für einen Tag in der Schule sind.



Foto: Fotolia

> Rot-grün-gelb-schwarz: Alles ‘PISA’, oder was?

Indem die deutschen Administrationen langfristige Verträge mit dem ‘PISA’-Konsortium schließen, sind sie auch an deren Interessen gebunden; das erklärt, warum die ersten ‘PISA’-Studien unter einer rot-grünen und die späteren Studien unter einer christlich-liberalen Regierung ohne Korrekturen durchgeführt werden konnten: Änderungen waren nicht mehr möglich. Es wird immer das Gleiche gemessen und vorgeschlagen – übrigens seit vierzig Jahren, wie man anhand der 1. OECD-Studie von 1973 nachweisen kann.⁴ Bildungspolitik ade! Die wird nun in der OECD gemacht. Es ist gleichgültig, wer unter der OECD an der Macht ist.

Die Parteien verzichten auf ihre Selbstdarstellung als Wertegemeinschaft. Sie verzichten auf die Gestaltung der Bildungspolitik nach ihren Wertvorstellungen. Die Gestaltung der Bildungspolitik nimmt stattdessen ‘PISA’ vor. Das sagt man auch ganz offen: »Man muss sich im Klaren darüber sein, dass die ‘PISA’-Tests (...) ein didaktisches und bildungstheoretisches Konzept mit sich führen, das normativ ist.«⁵ Und einer der ‘PISA’-Verantwortlichen antwortet auf den Vorwurf, ‘PISA’ habe ja nichts bewirkt: »Der Weg zum zweigliedrigen Schulsystem in vielen Bundesländern ist ein ganz wichtiger Schritt.«⁶

Hier wird genau das vorgeführt, was gerne bestritten wird: ‘PISA’ erteilt Ratschläge, die auf empirischer Forschung beruhen sollen – zugleich wird aber behauptet, dass das nicht ginge: »PISA« sei »ein Diagnoseinstrument für die Bildungspolitik. Wege zur Verbesserung ergeben sich daraus in der Tat nicht unmittelbar.«⁷ Das sagt der ‘Vorstand des Zentrums für internationale Vergleichsstudien’. Welche der Aussagen trifft nun zu?

■ Evaluation als Politikersatz

Dabei ist nicht nur das Erkenntnisinteresse von der OECD bestimmt. ‘PISA’ begnügt sich nicht mit der Zusammenstellung zugänglicher Daten. Vielmehr werden eigens Tests entwickelt und jene Institutionen öffentlich bloßgestellt, die schlechte Testergebnisse aufweisen. Damit misst ‘PISA’ nicht nur, sondern behauptet die Geltung von didaktischen Modellen, die zu den Tests geführt haben.

Dies lässt sich am Beispiel der ‘Kompetenzorientierung’ nachweisen. Der Begriff der ‘Kompetenz’ war vor 2000 in der deutschen Pädagogik kaum gebräuchlich und wurde nicht einmal in einschlägigen Wörterbüchern aufgeführt.

Nach den ‘PISA’-Studien wird der Kompetenzbegriff zum Leitbegriff der deutschen Lehrpläne:

Hilbert Meyer, immerhin einer der bekanntesten und einflussreichsten Schulpädagogen Deutschlands, stellt fest: »Noch nie hat es in Deutschland eine so einseitige Top-down-Bewegung in der Steuerung der Schulentwicklung gegeben, wie seit Beginn dieses Jahrzehnts.«⁸ Auslöser waren eben nicht neue Einsichten in der Pädagogik, sondern die Implementierungen (OECD-Jargon) durch die ‘PISA’-Tests.

> ‘PISA’ statt Kultur

Wäre die Umgestaltung ganzer Lehrplansysteme in allen Bundesländern nicht eine für eine Kulturnation zentrale Frage, die auf breiter Basis zu diskutieren wäre? Geht Bildung nicht alle an? Nicht, wenn es nach ‘PISA’ geht: Ohne einen wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs wird eine Reform des deutschen Bildungswesens allein aufgrund einer empirischen Erhebung durchgeführt.

Eine kulturell vielfältige Nation wie Deutschland mit divergenten Traditionen (der ehemaligen BRD und der ehemaligen DDR), mit verschiedenen Generationen von Migranten, einer starken regionalen Ausrichtung (zum Beispiel einer Partei, die es nur in einem Bundesland gibt), diskutiert nicht mehr darüber, was das Ziel ihres Bildungssystems sein soll! Es findet keine Diskussion darüber statt, was Bildung im 21. Jahrhundert überhaupt bedeutet. Sondern unter Umgehung einer sol-



Wir machen Schule. Darauf sind wir stolz!

Sie haben einen Weg gefunden, Ihren Schülerinnen und Schülern über herkömmliche Methoden hinaus Wissen zu vermitteln und sie mit Ihrem Unterricht zu überzeugen? Sie arbeiten mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Team und unterrichten fächerübergreifend? Dann freuen wir uns auf Ihre innovativen Unterrichtskonzepte! **Die Anmeldung und Einreichung Ihrer Unterrichtskonzepte ist noch bis zum 16. Juni 2014 möglich.**

Anmeldung und weitere Informationen unter: www.lehrerpreis.de



 @Lehrerpreis  facebook.com/Lehrerpreis



Kooperationspartner





> **Umgestaltung ganzer Lehrplansysteme sollte eine Kulturnation auf breiter Basis diskutieren**

chen Diskussion werden Ziele und Konzepte der OECD bruchlos administrativ von allen Parteien durchgesetzt. Eine Gesellschaft verzichtet also auf die Diskussion der Ziele, die sie sich selbst geben will. Ein bisher nicht gekannter Vorgang freiwilligen Identitätsverlusts.

> **Ach, Schulgesetze!**

Dieser Verzicht auf die Rekonstruktion der eigenen Identität ist besonders problematisch, weil die Landesverfassungen aller Bundesländer und die einschlägigen Schulgesetze einen inhaltlichen Diskurs im Hinblick auf Bildungsziele fordern. Im § 1 des Berliner Schulgesetzes etwa heißt es: »Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit,

der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewusst sein, und ihre Haltung muss bestimmt werden von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker. Dabei sollen die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung zum Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden.« Die zentralen Begriffe sind auslegungsbedürftig, ihre Diskussion darf nicht durch empirische Untersuchungen unterlaufen oder ersetzt werden.

Angeichts von 'PISA' werden diese oder ähnliche Inhalte der Landesverfassungen marginalisiert und bedeutungslos. Denn die in den Verfassungen formulierten Bildungsziele sind nicht kompatibel mit dem funktionalistischen Kompetenzbegriff. Zumindest würde man hier ausführliche Begründungen und nicht Verwaltungsakte erwarten.

> **Fußnoten**

- 1 Vgl. Höckel, Kathrin: Der Beitrag der OECD zur evidenzbasierten Politikberatung. AGBFN Tagung Qualitätssicherung in der Berufsbildungsforschung Wien, 13-14 September 2010. www.kibb.de/Hoeckel_AGBFN-Workshop_Wien.pdf
- 2 Klieme, Eckhard / Köller, Olaf / Prenzel, Olaf: Wo die 'PISA'-Kritik irrt – eine Stellungnahme zu den Thesen Wolfram Meyerhöfers. Zit nach: www.dipf.de/de/im-focus/wo-die-'PISA'-kritik-irrt (Punkt 10), zuletzt aufgerufen am 21.1.2014
- 3 Klieme, Eckhard / Köller, Olaf / Prenzel, Manfred: Wo die 'PISA'-Kritik irrt – eine Stellungnahme zu den Thesen Wolfram Meyerhöfers. Zit nach: www.dipf.de/de/im-focus/wo-die-'PISA'-kritik-irrt (Punkt 1)
- 4 Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Frankfurt/M. Diesterweg 1973
- 5 Baumert unter andere: 'PISA' 2000, 19
- 6 Schleicher, 'Es wird zu wenig wirklich gelernt'. Interview mit Kerstin Meier. In: Frankfurter Rundschau. 04.12.2013
- 7 Klieme, Eckhard / Köller, Olaf / Prenzel, Manfred: Wo die 'PISA'-Kritik irrt – eine Stellungnahme zu den Thesen Wolfram Meyerhöfers. Zit nach: www.dipf.de/de/im-focus/wo-die-'PISA'-kritik-irrt (Punkt 1)
- 8 Meyer, Hilbert. Zit nach: www.uni-potsdam.de/zfl/06_publicationen/kentron/pdf/extra11.pdf. (S. 8). Zuletzt aufgerufen am 2.1.2014
- 9 Klieme, Eckhard / Köller, Olaf / Prenzel, Manfred: Wo die 'PISA'-Kritik irrt – eine Stellungnahme zu den Thesen Wolfram Meyerhöfers. Zit nach: www.dipf.de/de/im-focus/wo-die-'PISA'-kritik-irrt (Punkt 1)

> **Abschied von der Bildungspolitik?**

De facto hat unsere Gesellschaft darauf verzichtet, sich über die Ziele von Bildung zu verständigen. Stattdessen werden fertige Konzepte Dritter normativ gewendet und administrativ durchgesetzt. Die Landespolitiker übergeben ihre Macht an die OECD. Dies ist ein Musterfall, dessen Zustandekommen einmal genau nachgezeichnet werden müsste.

Die Empirie wandelt sich in Zusammenarbeit mit der Politik von einem Instrument, das Daten erheben will, zu einem Mittel, mit dem

konzeptionelle Entscheidungen durchgesetzt werden – über 'PISA' hinaus. Die 'PISA'-Empirie dient dazu, etwas durchzusetzen, was politisch nie diskutiert wurde. Damit wandelt sich die Empirie – sie verliert ihre Wertneutralität. Sie ist keine wertfreie Forschung (ein 'Diagnose-Instrument'), sondern Mittel zur Durchsetzung von Zielen. Wie sagen es die 'PISA'-Forscher selbst: »'PISA' selbst bestimmt die Probleme«.⁹



> **PISA selbst bestimmt die Probleme**